A large, black and white photograph of a person's face, wearing a white collared shirt. The person's eyes are looking down. The text 'lasst euch nicht verarmen' is overlaid on the image. The word 'nicht' is in a black box with white text, while 'lasst euch' and 'verarmen' are in white text on a dark background.

lasst euch **nicht** verarmen

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

Impressum: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.,
Bernhard-Letterhaus-Straße 26, 50670 Köln, Telefon: 0221/7722100, E-Mail: info@kab.de

Verantwortlich: Birgit Zenker, Dr. Michael Schäfers. Redaktion: Mechthild Hartmann-Schäfers.
Texte: Mechthild Hartmann-Schäfers, Sabrina Schmalz, Lucia Schneiders-Adams, Matthias
Blöcher, Dr. Michael Schäfers. Konzept, Gestaltung: Gratzfeld Werbeagentur, Wesseling. Druck:
Köllen Druck & Verlag, Bonn. Köln 2005.



lasst euch
nicht
verarmen

www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

wir sind das volk.



Stellen Sie sich vor, dieses Land macht eine andere Politik: Statt einer „Politik der Spaltung“ eine Politik der Gerechtigkeit und Solidarität.

Wie viel lebenswerter wäre unser Land, wenn es eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen gäbe? Wenn alle Kinder die gleichen Chancen hätten? Wie viel lebenswerter wäre unser Land, wenn für alle – Frauen und Männer – Teilhabe und Teilnahme gesichert wären? Wie viel lebenswerter wäre unser Land, wenn Menschen, die alt und krank sind, sich nicht fremd und ausgestoßen fühlen müssten? Wie wäre es mit: mehr Schönheit und Kultur, mehr Frieden und – vor allem – weniger Einsamkeit und Verzweiflung?

Uns wird eingeredet, es gäbe keine Alternativen zum Abbau des Sozialstaates, zur Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, zur Arbeitslosigkeit von Millionen, zur finanziellen Ausplünderung von Familien und zur um sich greifenden

wir sind das! folg!



Ausgrenzung und Armut. Das stimmt nicht! Alles, was der Mensch geschaffen hat, kann der Mensch verändern. Auf das Handeln für soziale Gerechtigkeit kommt es an.

Wir wollen

- Soziale Absicherung für alle Mitglieder der Gesellschaft:
Das soziale Netz muss alle tragen!
- Sozialen Ausgleich in der Gesellschaft: Reformpolitik darf nicht polarisieren, Reiche reicher und Arme ärmer machen!
- Soziale Teilhabe und Teilnahme aller: Es darf nicht die da drinnen und die da draußen geben!

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ (Präambel der Schweizer Verfassung)

Lasst Euch nicht verarmen! Soziale Gerechtigkeit jetzt!

Georg Hupfauer

Birgit Zenker

Albin Krämer

steuer, steuer ha, ha, ha?

*„Eigentum verpflichtet.
Sein Gebrauch soll zugleich dem
Wohle der Allgemeinheit dienen.“*

(Art. 14 Abs. 2 Grundgesetz)

Die Steuerpolitik befördert die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Gewinne und Vermögenseinkommen werden weniger belastet als Erwerbseinkommen.

Die wirtschaftliche Belebung bleibt aus. Die Verlierer sind die Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen und kleine und mittelständische Unternehmen.

Die soziale Schere öffnet sich immer weiter. Dem steuerlich privilegierten Reichtum von wenigen steht die „öffentliche Armut“ gegenüber.

Steuer-Gerechtigkeit, das wollen wir

- Den handlungsfähigen Staat, der durch eine ausreichende Finanzausstattung in der Lage ist, seine Aufgaben zum Wohl aller BürgerInnen zu betreiben. Nur so können wichtige Investitionen in Zukunftsfeldern wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Umweltschutz, öffentlich geförderte Arbeit sichergestellt werden. Senkungen des Spitzensteuersatzes und der Gewinnsteuern sind der Ausverkauf des Staates. Steuerschlupflöcher sind zu schließen und die Steuerflucht konsequent zu bekämpfen!

- Den sozialen Staat, der über ausgleichende Steuer- und Leistungstransfersysteme der wachsenden Ungleichverteilung von Eigentum und Vermögen entgegenwirkt. Eine Umverteilung zugunsten niedriger und mittlerer Einkommen ist für eine gesunde Binnennachfrage notwendig.

- Gerechtigkeit! Lasten und Leistungen müssen gerecht verteilt werden. Das Prinzip der leistungsorientierten Be-

steuerung unter Einbeziehung aller Einkommensquellen muss ausgebaut werden. Dazu gehört ein konsequent progressiver Steuertarif. Die Lasten müssen stärker als bisher über das allgemeine Steueraufkommen erbracht und dürfen nicht einseitig über Erwerbsarbeit finanziert werden. Stoppt den Marsch in den Lohnsteuerstaat!

- Eine internationale, sozial gerechte Steuerpolitik! Der Globalisierung des Kapitals kann nur durch eine Globalisierung von steuerpolitischen Maßnahmen begegnet werden. Nur so können Steuerflucht und „Steuroasen“ verhindert werden!

„Was die Besteuerung angeht, so kommt es unter der Rücksicht von Gerechtigkeit und Billigkeit vor allem darauf an, die Lasten entsprechend der unterschiedlichen Steuerkraft der Bürger zu verteilen.“ (Mater et magistra 1961, Ziff. 132)

einigkeit für recht viel freizeit?

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. (...) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden.“

(Art. 12 Abs. 1,2 Grundgesetz)

Das Risiko des Arbeitsmarktes wird weiter privatisiert. Statt der Arbeitslosigkeit werden Arbeitssuchende bekämpft. Die Politik der Spaltung wird fortgesetzt.

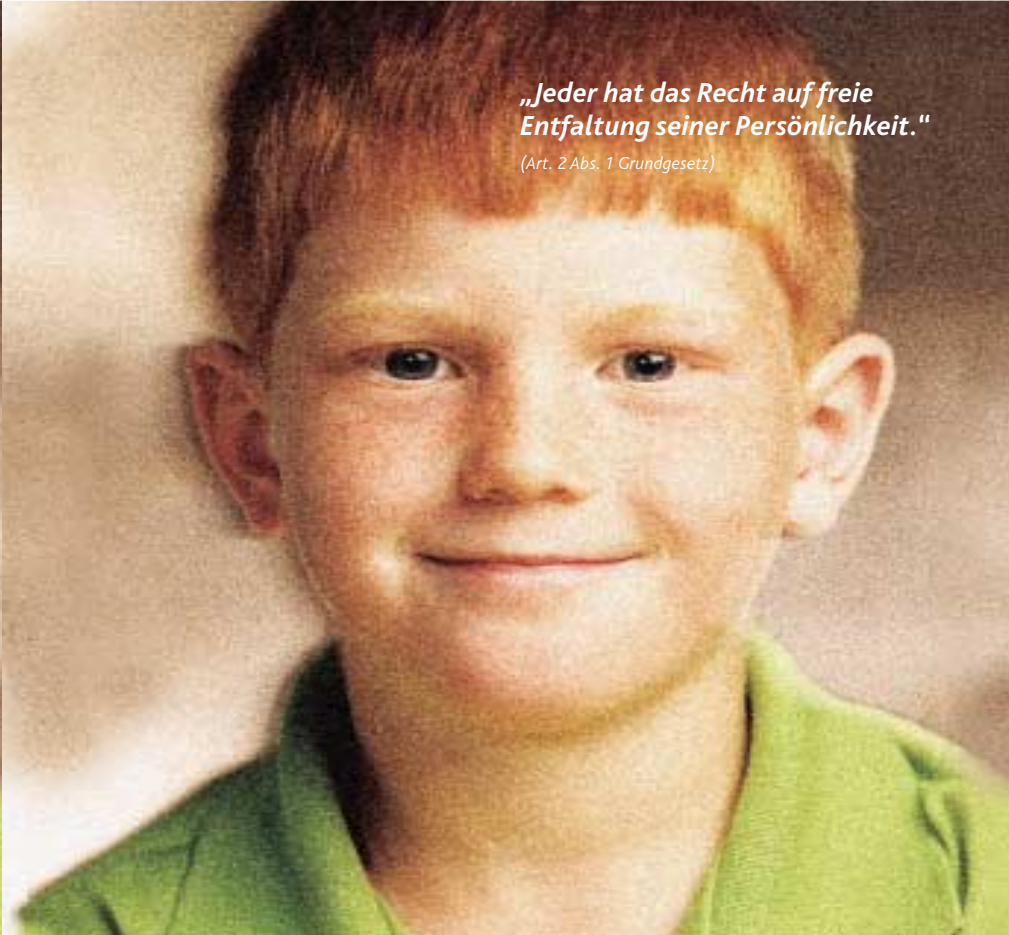
Hartz IV setzt den Trend der Auszehrung des Sozialen fort. Soziale Ausgrenzung und finanzielle Not sind Folgen von Hartz IV für die Arbeitssuchenden, für ArbeitnehmerInnen und ihre Familien. Armut wird politisch programmiert.

Das Ziel „soziale Gerechtigkeit“ wird durch die „Arbeitsmarkt-reformen“ nicht erreicht. Der neoliberale Umbau der Arbeitsmarktpolitik ist gescheitert.

Arbeit für alle, das wollen wir

- Mehr Beschäftigung schaffen! Große Potenziale für mehr Beschäftigung liegen in den personennahen Dienstleistungen und der ökologischen Erneuerung. Notwendig sind öffentliche Investitionen in die kommunale Infrastruktur, die den Menschen direkt zugute kommen.
 - Qualifizierungsoffensive jetzt! Qualifizierung muss im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik stehen. Jugendliche zu qualifizieren, ist eine Zukunftsinvestition. Nur mit einer qualifizierten Arbeitnehmerschaft können wir die Arbeitslosigkeit bewältigen und Lohndumping bekämpfen.
 - Arbeit umverteilen! Die vorhandene Erwerbsarbeit muss durch Verkürzung der Arbeitszeit gerecht verteilt werden. Aber: Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit!
 - Eine umfassende Arbeitspolitik ist notwendig, die neben der bezahlten auch die unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Blick nimmt. Die KAB setzt sich deshalb für die gerechte Tätigkeitsgesellschaft ein.
- „Es muss also vorrangig im Bereich der Arbeit eine Befreiungsaktion zur Freiheit unternommen werden.“
(Libertatis conscientia 1986, Ziff. 83)*

doof bleibt doof?



www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

Das Bildungswesen in Deutschland zementiert die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Der soziale Status der Eltern zeichnet faktisch bereits in der Schule den späteren Lebensweg vor. Die Herkunft der Kinder ist zum „Chancen-Los“ des Lebensweges geworden.

Die Förderung Benachteiligter wird der Elitebildung geopfert. Die eingesetzten öffentlichen Mittel fließen denjenigen zu, die sowieso schon über bessere Chancen verfügen.

Lebenslanges Lernen wird auf berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung reduziert. Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft werden immer mehr kommerzialisiert: Bildung wird zur Ware!

Bildung gerecht gestalten, das wollen wir

- Bildung ist Bürgerrecht für alle. Bildungspolitik hat dieses Ziel einzulösen. Chancengerechtigkeit und -gleichheit werden erst dann realisiert, wenn alle, Mädchen und Jungen, Frauen und Männer die Möglichkeit haben – auch in materieller Hinsicht –, Zugangsrechte wahrzunehmen und ihre persönliche Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

- Bildung ist ganzheitlich. Ein integrierter Bildungsbegriff muss deshalb die handelnden Menschen in ihren vielfältigen Lebensbezügen begreifen.

- Es gilt, die ganze Persönlichkeit in den Blick zu nehmen. Bildung darf sich nicht darauf beschränken, Qualifikationen für das Erwerbsleben zu vermitteln, sondern hat vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen und Kompetenzen für alle Lebensbereiche auszubilden.

- Bildung ist keine Ware. Wenn nur noch die Reichen Bildung bezahlen können, wird unsere Gesellschaft ärmer und Zukunftschancen werden verspielt. Bildung ist ein öffentliches Gut. Nur ein kompensatorischer Ansatz in der Bildung sichert den sozialen Frieden in Deutschland.

„Selbstverständlich stellt Bildung als solche immer einen Wert und eine wichtige Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit dar.“ (Laborem exercens 1981, Ziff. 8.5)

was guckst du?

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

(Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz)

www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

Mehr als fünfzig Jahre haben die sozialen Sicherungssysteme zu wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Sicherheit, sozialem Ausgleich, zu sozialem Frieden und politischer Stabilität in Deutschland beigetragen.

Die steigende Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gefährden die finanzielle Basis der Sozialversicherungen.

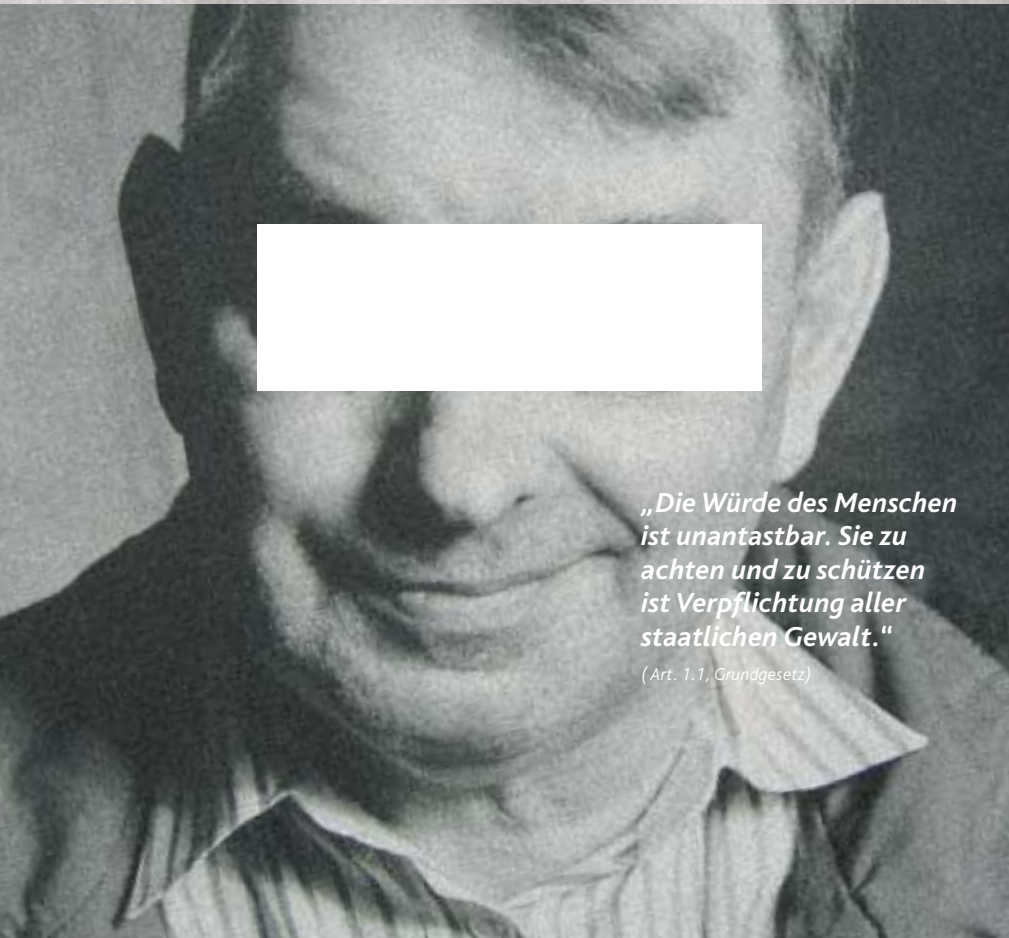
Die „Reformpolitik“ zerstört die soziale Grundlage der Sozialversicherungen. Das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme wird so nachhaltig untergraben.

Solidarische Alterssicherung, das wollen wir

- Mit dem 3-Stufen-Modell der Solidarischen Alterssicherung wollen wir die gesetzliche Alterssicherung finanziell und sozial auf eine neue Grundlage stellen durch die
 - Gewährleistung einer bedarfsunabhängigen Mindestsicherung (Sockelrente) unabhängig von Erwerbsarbeitszeiten,
 - Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger,
 - Verbreiterung der Einnahmebasis, alle Einkünfte werden in die Finanzierung einbezogen,
 - verbesserte Anerkennung von Familienleistungen durch Berücksichtigung von sechs Jahren Kindererziehungszeiten.
- Es gibt Alternativen zur Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Privatisierung der Alterssicherung. Die Solidarische Alterssicherung der KAB stärkt die Solidarität und den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und macht die Rente wieder sicher.

„Schließlich geht es um das Recht auf Ruhestandsbezüge, auf Sicherung im Alter.“ (Laborem exercens 1981, Ziff. 19.6)

voll negativ?



*„Die Würde des Menschen
ist unantastbar. Sie zu
achten und zu schützen
ist Verpflichtung aller
staatlichen Gewalt.“*

(Art. 1.1, Grundgesetz)



www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

Die Qualität der deutschen Gesundheitsversorgung leidet Not. Dringende Reformen werden durch massive Lobbyarbeit blockiert. Die Lebensbedingungen verschlechtern sich zunehmend: Armut führt zu Krankheit und Krankheit führt zu Armut.

Sämtliche Reformen haben bei Verbrauchern, Patienten und Versicherten zu zusätzlichen finanziellen Belastungen und zur Einschränkung des Leistungskatalogs geführt – trotz höherer Beiträge und Zuzahlungen.

Gesundheit für alle, das wollen wir

- Das Prinzip der Solidarität muss das Leitbild jeder Gesundheitsreform sein. Solidarität bedeutet, dass die Verursacher von krank machenden Lebens- und Arbeitsbedingungen an den Kosten für die Wiederherstellung der Gesundheit angemessen beteiligt werden.
- Die KAB setzt sich für ein Gesundheitssystem ein, das alle Einwohner und Einwohnerinnen pflichtversichert und alle Einkünfte bei der Finanzierung berücksichtigt.
- Prävention hat Vorrang vor kurativer Medizin! Der Mensch steht im Mittelpunkt: Jede und jeder Versicherte bekommt das, was sie oder er braucht, um wieder gesund zu werden, die Krankheit zu lindern, unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialer Schicht.

„Wegen der für die Gesundheit notwendigen Aufwendungen (...) muss der Arbeitnehmer leichten Zugang haben zu den erforderlichen Hilfen, und zwar zu möglichst geringen Kosten oder auch ganz kostenlos.“ (Laborem exercens 1981, Ziff. 19.6)

Soziale Gerechtigkeit jetzt!

Soziale Gerechtigkeit verlangt eine wirkliche Reformpolitik. Statt zu polemisieren, müssen die Sicherungssysteme endlich armutsfest gemacht werden, damit ein „Durchreichen nach unten“ verhindert wird.

Die Deregulierung der sozialen Sicherung nach dem Muster der privatwirtschaftlichen Ökonomie droht die Errungenschaften rückgängig zu machen, die die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf für einen demokratischen Sozial- und Rechtsstaat erstritten hat. Dass die soziale Frage nur noch als Frage des Geldes gesehen wird, ist eine Folge der zunehmenden Macht des internationalen Kapitals im Zuge einer einseitig verstandenen Globalisierung.

Für uns haben demgegenüber die Prinzipien der kirchlichen Sozialverkündigung Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit Geltung.

Wer ein „gutes Leben für alle“ will, muss den Sozialstaat sichern und die Tätigkeitsgesellschaft wollen.

Die „Tätigkeitsgesellschaft“ der Zukunft stellt die Beteiligung aller Menschen an allen Formen der menschlichen Arbeit sicher. Für das „gute Leben aller“ ist ein Mehr an sozialer Sicherheit notwendig.

Soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe und Teilnahme, Transparenz der öffentlichen Prozesse und gerechte Verteilung der Lasten und Güter bringen uns dem Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft näher. Dafür streiten wir! Soziale Gerechtigkeit jetzt!

Unterstützen Sie diesen Aufruf im Internet unter www.lasst-euch-nicht-verarmen.de

Wir sind das

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) ist ein Sozialverband. Sie organisiert in Vereinen, Zusammenschlüssen und Initiativen 200.000 Frauen und Männer in ganz Deutschland. Die KAB tritt für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für Frauen, Männer, Familien, ältere Menschen und sozial Benachteiligte ein. Sie kämpft für eine solidarische Gesellschaft und für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen.

Als Bildungs- und Aktionsbewegung wird die praktische „Lebensbildung“ in der KAB großgeschrieben. In den Weiterbildungseinrichtungen lernen Menschen, sich kompetent einzumischen und ihre Interessen zu vertreten. In ihren berufsbildenden Einrichtungen gibt die KAB sozial benachteiligten Jugendlichen Ausbildung und Förderung. Ob in Fragen des Sonntagsschutzes, der Gerechtigkeit für Familien oder der „Einen Welt“ – überall, wo das aktive Handeln der KAB für soziale Gerechtigkeit gefragt ist, wird der Verband aktiv.

Wir unterstützen unsere Mitglieder, wenn es z.B. Probleme mit dem Arbeitgeber, mit der Rente oder der Krankenversicherung gibt. Die KAB vertritt ihre Mitglieder auch in Streitfällen vor Arbeits- und Sozialgerichten.

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands ist international. Sie arbeitet gemeinsam mit katholischen Arbeitnehmerorganisationen aus 52 Ländern in der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WBCA). Das Weltnotwerk ist das internationale Hilfswerk der KAB. In Afrika, Asien und Lateinamerika fördert es christliche Arbeitnehmerbewegungen.

KAB heißt Gerechtigkeit konkret!

Unterstützen Sie uns

Sie können die Arbeit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands auf vielfältige Weise unterstützen:

- Werden Sie Mitglied! Solidarität, die sich rechnet! Mit dem Mitgliedsbeitrag helfen Sie uns, dass die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder gerät. Zudem erhalten Sie als Mitglied Vergünstigungen bei Bildungsveranstaltungen in den verbandszentralen Einrichtungen der KAB und beim Versicherungsschutz sowie Arbeits- und Sozialrechtsberatung und -vertretung. Informieren Sie sich ausführlich im Internet unter www.kab.de oder wenden Sie sich an die Servicenummer der KAB 0221/77 22 100. Gerne senden wir Ihnen kostenlos weitere Informationen zu.

- Spenden oder „stiften“ Sie! Die KAB-Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherheit“ (ZASS) unterstützt Menschen, die sich für ein solidarisches Miteinander stark machen. Sie stiftet Ideen für eine bessere Welt, für eine soziale

Zukunft und ein gerechtes Gemeinwesen. Sie setzt sich ein für Reformen, die den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Besuchen Sie die Stiftung im Internet unter www.stiftung-zass.de oder rufen Sie an 0221/77 22 115. Spenden werden erbeten auf das Konto 175 762 954 bei der Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98).

Lasst euch nicht verarmen! „Soziale Gerechtigkeit jetzt“ braucht auch Ihr Engagement!